

## 4. Armut in Europa: Trends und Risikogruppen

ROLAND VERWIEBE/ NINA-SOPHIE FRITSCH

In der sozialwissenschaftlichen Armutsforschung wird vielfach die Position vertreten, dass die Vermeidung von Elend und Armut ein zivilisatorisches Minimum ist, welches für entwickelte Gesellschaften verbindlich sein sollte. Armut ist ein Seismograf für den sozialen Zustand einer Gesellschaft: inmitten einer Wohlstandsgesellschaft stellt sie das Wirtschafts- und Sozialsystem in Frage, gefährdet die politische und soziale Legitimation eines Sozialstaats und weist auf Verwerfungen in der weiteren Gesellschaft hin (Bäcker et al. 2008: 356). Trotz dieser gesellschaftlichen Brisanz liegt der Schwerpunkt europäischer Analysen traditionell vor allem auf der Schichtung der erwerbstätigen Kernbevölkerung (Arbeiter, Angestellte, Selbstständige, Manager). Die Lebenssituation der unteren Bevölkerungsschichten und Menschen am Rand der Gesellschaft wurden viele Jahrzehnte kaum thematisiert. Die Erforschung von Armut war daher lange nur ein Thema der Randgruppenforschung. Die sozialwissenschaftliche Literatur ist bisher davon ausgegangen, dass in erster Linie jene Personen von Armut betroffen sind, die nicht oder nicht ausreichend in den Arbeitsmarkt integriert sind. Im Wesentlichen zählen hierzu Arbeitslose, Obdachlose, Pensionäre und Alleinerziehende. Allerdings zeigen aktuelle Forschungen auch, dass Armut heute nicht mehr ausschließlich ein Problem am unteren Rand der Gesellschaft, sondern sich durch die »Entgrenzung sozialer Risiken« (Groh-Samberg/Hertel 2010) zu einem Phänomen entwickelt, mit dem auch Bevölkerungsgruppen konfrontiert werden, die traditionell nicht von Armut betroffen waren. Damit ist Armut erst in den letzten zwei Jahrzehnten auch zu einem Kernthema der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung geworden, was eine Fülle nationaler und internationaler Publikationen belegt.

### Historische und theoretische Betrachtungen

Die Beschäftigung mit Armut und sozialer Ausgrenzung gehört seit der Gründungsphase der Disziplin zu den Kernthemen der Soziologie. Bereits im 19. Jahrhundert findet sich bei sozialwissenschaftlichen Klassikern ein Bezug auf das Thema Armut, etwa bei Marx (»Lumpenproletariat«) oder bei Toqueville (»Pauperismus«). Eine erste allgemeinere theoretische Betrachtung von Armut, auf die auch heute noch Bezug genommen wird, legte im Jahr 1906 Georg Simmel vor. Die zentrale Frage in Simmels bahnbrechenden Arbeiten war, wie Armut definiert werden kann (Simmel 1906, 1908). In diesen Arbeiten unterscheidet Simmel zwei Armutsbegriffe: »Arm sein« und »Armut«. Simmel spricht von einem »relativistischen Charakter des Armutsbegriffs«. In Armut



Abb. 1 In der Stuttgarter Leonhardskirche, der ältesten Vesperkirche Deutschlands, werden täglich rund 600 bis 800 Mahlzeiten angeboten.  
© Thomas Niedermüller, dpa, picture alliance, 14.1.2013

würde danach derjenige leben, »dessen Mittel zu seinen Zwecken nicht zureichen. Dieser rein individualistische Begriff verengt sich für seine praktische Anwendung dahin, dass bestimmte Zwecke als der willkürlichen und bloß persönlichen Setzung enthoben gelten. (...) Vielmehr jedes allgemeine Milieu und jede besondere soziale Schicht besitzt typische Bedürfnisse, denen nicht genügen zu können Armut bedeutet« (Simmel 1908: 369).

Weiter bedeutet Armut nach Simmel ein Herausfallen aus traditionellen Bindungen, Schichten und Milieus. Armut wird erst sichtbar für den Betroffenen und die Gesellschaft, wenn symbolische Zuschreibungen erfolgen. Dies geschieht durch die Zuweisung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und den damit einhergehenden Klassifikationsprozessen:

»Das Annehmen einer Unterstützung rückt also den Unterstutzten aus den Voraussetzungen des Standes heraus, sie bringt den anschaulichen Beweis, dass der formal deklassiert ist. (...) deshalb ist er im sozialen Sinne erst arm, wenn er unterstützt wird. Und dies wird wohl allgemein gelten: soziologisch angesehen ist nicht die Armut zuerst gegeben und daraufhin erfolgt Unterstützung (...), sondern derjenigen, der Unterstützung genießt, bzw. sie nach seiner soziologischen Konstellation genießen sollte – auch wenn sie zufällig ausbleibt –, dieser heißt der Arme. (...) Der Arme als soziologische Kategorie entsteht nicht durch ein bestimmtes Maß von Mangel und Entbehrung, sondern dadurch, dass er Unterstützung erhält oder sie nach sozialen Normen erhalten sollte.« (Simmel 1908: 371).

Es ist wichtig festzuhalten, dass Simmel mit dieser Armutskonzeption die Basis für fast alle späteren Studien gelegt hat. Auch in den aktuellen Armutsstudien wird in der Regel ein relativer Begriff von Armut verwendet. Was heute als Armut gilt, wird in der Forschung jedoch nicht einheitlich gehandhabt. Es existiert eine Vielzahl von Armutsbegriffen und Verwendungskontexten. Die

wichtigste definitorische Unterscheidung ist die zwischen absoluter Armut und relativer Armut:

(1) Von **absoluter Armut** redet man, wenn Menschen nicht über die zur physischen Existenzsicherung notwendigen Güter wie Nahrung, Kleidung und Wohnung verfügen. Diese Form der Armut dominiert nach wie vor in vielen Ländern des globalen Südens, ist aber in Deutschland und den anderen westlichen Industriestaaten weitestgehend überwunden.

(2) **Relative Armut** bemisst sich am allgemeinen Lebensstandard einer konkreten Referenzgesellschaft. Das durchschnittliche Einkommensniveau oder die durchschnittliche Ausstattung mit Wohnraum, eine durchschnittliche sozial-kulturelle Integration dienen hier unter anderem als Vergleichsmaßstab. Das relative Armutskonzept geht prinzipiell über rein monetäre Gesichtspunkte bei der Bemessung von Armut hinaus. »Armut liegt nach diesem Verständnis dann vor, wenn Menschen das sozialkulturelle Existenzminimum einer Gesellschaft unterschreiten« (Bäcker et al. 2008: 357).

Auch die Europäische Union verwendet seit Anfang der 1980er-Jahre einen relativen Armutsbegriff: »The poor shall be taken to mean persons, families and groups of persons whose resources (material, cultural and social) are so limited as to exclude them from the minimum acceptable way of life in the member state in which they live.« (European Commission 1984) Dieser Armutsbegriff der EU ist auch leitend für die Armutsberichterstattung der Bundesregierung – beispielsweise im Armuts- und Reichtumsbericht (BMAS 2012).

Um die bislang vorgestellten Überlegungen zusammenzufassen, können die folgenden Punkte hervorgehoben werden: Armut wird in der Regel als relatives Phänomen bezeichnet bzw. wird mit relativen Messkonzepten erfasst und bezieht sich auf einen gesellschaftlich etablierten Lebensstandard einer konkreten Referenzgesellschaft. In Armut lebende Personen haben als Mitglieder einer Gemeinschaft einen Anspruch auf Unterstützung. Durch die Gewährung von sozialpolitischen Leistungen vollziehen sich symbolische Klassifikationen, Zuschreibungen und Abwertungen. Armuts- und Sozialpolitik hat damit zwei Funktionen: Verbesserung von Integration und Teilhabe sowie Exklusion und Deklassierung. Kronauer (Kronauer 2002: 151) schlägt im Rahmen der Exklusionsdebatte drei grundlegende Ausgrenzungsdimensionen für eine umfassende Analyse von Armut vor: Marginalisierung am Arbeitsmarkt, Einschränkung der sozialen Beziehungen (bis hin zur sozialen Isolation) sowie Reduzierung von Lebenschancen und Lebensstandard.

Ausgehend von diesen theoretischen Argumenten belegen zahlreiche wissenschaftliche Analysen die steigende Relevanz von Armut- und Armutsrisiken in modernen Wissensgesellschaften und deren Beeinflussung von unterschiedlichen Lebensbereichen, z. B. in Hinblick auf eine möglicherweise verminderte soziale Teilhabe und die Einschränkung sozialer Beziehungen (Kronauer 2002). Dabei stellt sich auch die Frage, mit welchen besonderen persönlichen Konsequenzen und Einschnitten armutsgefährdete oder in Armut lebende Personen konfrontiert sind. Wie stabil sind deren familiäre Situation und partnerschaftlichen Beziehungen? Und was bedeutet es für Kinder und Jugendliche, in einem von Armut betroffenen Haushalt aufzuwachsen? Diese wissenschaftlichen Analysen arbeiten teilweise mit sehr unterschiedlichen Messkonzepten. Diese sollen im Folgenden vorgestellt werden.



Abb. 2 »Armut hat immer Konjunktur!«

© Heiko Sakurai, 29.10.2014

## Unterschiedliche Messkonzepte zur Bestimmung von Armut

Beim Ressourcenansatz steht die Ausstattung von Personen oder Haushalten mit Einkommen im Mittelpunkt. Das Einkommen einer Person oder eines Haushaltes gilt dabei als ein für die Armutsbestimmung passender Indikator, da Einkommen einen universellen Charakter hat und zur Kompensation von Defiziten in vielen Lebensbereichen herangezogen werden kann. Verwendet werden unterschiedliche Grenzwerte zur Bestimmung von Armutspopulationen. In Armut leben diejenigen, deren Einkommen nicht ausreicht, um die Güter und Dienstleistungen zu erwerben, die zur Abdeckung eines sozialkulturellen Existenzminimums erforderlich sind. Es ist dabei üblich, einen Grenzwert von 50% des nationalen Median-Einkommens zu verwenden. Bei einem Schwellenwert von 40% spricht man von einer strengen Armuts-grenze. Einen Schwellenwert von 60% nutzt man in der Regel, wenn Armutsgefährdung dargestellt werden soll. Die meisten Publikationen der Armutsforschung beruhen noch immer auf dem Ressourcenansatz. Die Anwendung des Ressourcenansatzes ist allerdings nach Ansicht von Bäcker et al. (2008: 357) nicht unproblematisch, »da der Handlungsspielraum eines Haushalts nicht nur durch die Ressource Einkommen, sondern auch durch weitere Ressourcen wie Vermögen (zum Beispiel Wohneigentum), schulische und berufliche Qualifikation (Humankapital), soziale Einbindung (Sozialkapital) und Verfügung über Zeit bestimmt wird.«

In der europäischen Sozialforschung ist ab Mitte/Ende der 1980er-Jahre die mehrdimensionale Armutsforschung wichtig geworden: »A strong case can be made for the notion that poverty and social exclusion are inherently multidimensional concepts (...) even if income were the key determinant. (...) The factors affecting income at the household level and its distribution at the societal level are extremely complex, encompassing most obviously the way the labour market, education and (...) transfer systems are structured. Poverty in the highly complex societies of the industrialised world (...) can only be understood by taking a variety of causal factors and channels into account.« (Nolan/Whelan 2007: 147f.) Der multiple Lebenslagenansatz hat in dieser Spielart der Armutsforschung einen großen Stellenwert erlangt. In diesem Ansatz wird Armut nicht nur mit einer Analyse des verfügbaren Einkommens erfasst, sondern zusätzlich im Hinblick auf die Ausstattung auf weitere wichtige Ressourcen und Güter der Lebensführung. Der Lebenslagenansatz fragt danach, ob bei der Versorgung der Menschen mit Nahrung, Bekleidung, Wohnraum, oder Leistungen des Gesundheits- und Sozialwesens Min-

Abb. 3 Armutsgefährdungsquote in der EU vor und nach sozialstaatlichen Transfers (Tabelle 1)

| Typologie                                                         | Länder       | vor Sozialtransfers |             |             |             | nach Sozialtransfers |             |             |             |
|-------------------------------------------------------------------|--------------|---------------------|-------------|-------------|-------------|----------------------|-------------|-------------|-------------|
|                                                                   |              | 1995                | 2005        | 2011        | 2013        | 1995                 | 2005        | 2011        | 2013        |
|                                                                   | <b>EU-15</b> | 26,0                | 25,5        | 26,1        | 26,2        | 17,0                 | 15,7        | 16,2        | –           |
| <b>Konservative Wohlfahrtsstaaten</b>                             | Belgien      | 27,0                | 28,3        | 27,8        | 26,3        | 16,0                 | 14,8        | 15,3        | 15,1        |
|                                                                   | Deutschland  | 22,0                | 23,1        | 2,1         | 24,4        | 15,0                 | 12,2        | 15,8        | 16,1        |
|                                                                   | Österreich   | 24,0                | 25,5        | 27,1        | 25,9        | 13,0                 | 12,6        | 14,5        | 14,4        |
|                                                                   | Frankreich   | 26,0                | 26,0        | 24,7        | 24,2        | 15,0                 | 13,0        | 14,0        | 13,7        |
|                                                                   | Luxemburg    | 25,0                | 23,8        | 27,2        | 29,4        | 12,0                 | 13,7        | 13,6        | 15,9        |
| <b>Sozial-demokratische Wohlfahrtsstaaten</b>                     | Dänemark     | –                   | 29,9        | 28,4        | 28,1        | 10,0                 | 11,8        | 13,0        | 12,3        |
|                                                                   | Finnland     | 23,0                | 28,0        | 27,4        | 26,4        | 8,0                  | 11,7        | 13,7        | 11,8        |
|                                                                   | Schweden     | –                   | 28,7        | 27,9        | 27,1        | –                    | 9,5         | 14,0        | 14,8        |
|                                                                   | Niederlande  | 24,0                | 21,7        | 20,9        | 20,8        | 11,0                 | 10,7        | 11,0        | 10,4        |
| <b>Mediterrane Wohlfahrtsstaaten</b>                              | Griechenland | 23,0                | 22,6        | 24,8        | 28,0        | 22,0                 | 19,6        | 21,4        | 23,1        |
|                                                                   | Spanien      | 27,0                | 24,5        | 30,0        | 30,0        | 19,0                 | 20,1        | 22,2        | 20,4        |
|                                                                   | Italien      | 23,0                | 23,4        | 24,4        | 24,6        | 20,0                 | 18,9        | 19,6        | 19,1        |
|                                                                   | Portugal     | 27,0                | 25,7        | 25,4        | 25,5        | 23,0                 | 19,4        | 18,0        | 18,7        |
|                                                                   | Zypern       | –                   | 21,7        | 23,5        | 24,3        | –                    | 16,1        | 14,8        | 15,3        |
|                                                                   | Malta        | –                   | 20,1        | 23,2        | 23,3        | –                    | 14,3        | 15,6        | 15,7        |
| <b>Liberales Wohlfahrtsstaaten</b>                                | Irland       | 34,0                | 32,3        | 39,6        | –           | 19,0                 | 19,7        | 15,2        | –           |
|                                                                   | UK           | 32,0                | 30,6        | 30,5        | 30,1        | 20,0                 | 29,0        | 16,2        | 15,9        |
|                                                                   |              | <b>2000</b>         | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>2013</b> | <b>2000</b>          | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>2013</b> |
| <b>liberal orientierte, post-sozialistische Wohlfahrtsstaaten</b> | Estland      | 26,0                | 24,2        | 24,9        | 25,4        | 18,0                 | 18,3        | 17,5        | 18,6        |
|                                                                   | Lettland     | 22,0                | 25,8        | 26,8        | 26,0        | 16,0                 | 19,4        | 19,0        | 19,4        |
|                                                                   | Litauen      | 23,2                | 26,1        | 30,2        | 30,3        | 17,0                 | 20,5        | 19,2        | 20,6        |
|                                                                   | Tschechien   | 18,0                | 21,2        | 18,0        | 16,6        | 8,0                  | 10,4        | 9,8         | 8,6         |
|                                                                   | Slowakei     | –                   | 21,9        | 19,5        | 20,1        | –                    | 13,3        | 13,0        | 12,8        |
|                                                                   | Slowenien    | 18,0                | 25,9        | 24,2        | 25,3        | 11,0                 | 12,2        | 13,6        | 14,5        |
|                                                                   | Ungarn       | 17,0                | 29,4        | 28,9        | 26,3        | 11,0                 | 13,5        | 13,8        | 14,3        |
|                                                                   | Polen        | 30,0                | 29,8        | 24,1        | 23,0        | 16,0                 | 20,5        | 17,7        | 17,3        |
|                                                                   | Bulgarien    | 18,0                | 17,0        | 27,4        | 26,7        | 14,0                 | 14,0        | 22,2        | 21,0        |
|                                                                   | Rumänien     | 21,0                | –           | 29,1        | 27,8        | 17,0                 | –           | 22,2        | 22,4        |
|                                                                   | <b>EU-27</b> | –                   | 26,0        | 26,3        | 25,8        | –                    | 16,4        | 16,9        | 16,6        |

© Daten nach Eurostat (2015); Angabe von Armutsquoten in %; Armutsgefährdungsquote vor sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60% des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens; Grundlage ist das verfügbare Haushaltsäquivalenzeinkommen nach Abzug von Einkommens-, Vermögenssteuern und Sozialabgaben sowie unter Berücksichtigung von Transfers zwischen Haushalten. Renten/Pensionen werden als Einkommen vor Sozialtransfers gezählt. Armutsgefährdungsquote nach sozialstaatlichen Transfers: Anteil von Personen mit einem verfügbaren Einkommen unter 60% des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens unter Berücksichtigung von Sozialtransfers (z.B. Wohngeld, Kindergeld). Anmerkung: die Angaben für 1995 beruhen auf ECHP-Daten, ab 2004 auf EU-SILC-Daten. Die Unterteilung in die Wohlfahrtsstaatstypen orientiert sich an Esping-Andersen (1990), Ferrera (1996) sowie Mau/Verwiebe (2009, 2010).

deststandards erreicht werden. Der Lebenslagenansatz berücksichtigt darüber hinaus, ob die Menschen ausreichend am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben partizipieren. Dies betrifft so zentrale Bereiche wie Arbeit, Bildung, Freizeitgestaltung, soziale Beziehungen und Information (Bäcker et al. 2008: 357). Im Lebenslagenansatz werden ebenfalls Grenzwerte zur Festlegung von Armut verwendet. Armut wird in der Regel als eine Unterversorgung in mindestens zwei zentralen Lebensbereichen definiert.

Auch der sogenannte Deprivationsansatz enthält ein mehrdimensionales Konzept von Armut. Armut wird hier als mangelnde Teilhabe und Ausgrenzung konzeptualisiert. Das Konzept der relativen Deprivation wurde von Peter Townsend entwickelt und erstmals in seiner Studie über »Poverty in the United Kingdom« (1979) umgesetzt. Er definiert relative Deprivation als:

» ... the absence or inadequacy of those diets, amenities, standards, services and activities which are common or customary in society. People are deprived of the conditions of life which ordinarily define membership of society. If they lack or are denied resources to obtain access to these con-

ditions of life and so fulfill membership of society, they are in poverty.« (Townsend 1979: 915) Der Deprivationsansatz bündelt demnach Vorstellungen von der Versorgungslage eines Haushaltes (mit Versorgungsgütern, Gebrauchsgütern und Dienstleistungen), von soziokulturellen Mindeststandards und dem allgemeinen Wohlfahrtsniveau einer Gesellschaft. Diese allgemein anerkannten Standards werden nicht durch von Sozialwissenschaftlern oder Sozialpolitikern festgelegte Grenzen definiert. Es wird vielmehr mit Hilfe von großen Bevölkerungsumfragen ermittelt, welche Elemente der Lebensführung aus Sicht der Bevölkerung tatsächlich zu einem notwendigen Lebensstandard dazuzählen.

Allen Abgrenzungsvorschlägen in der Armutsforschung ist gemeinsam, dass sie von Werturteilen abhängig sind: »Jede Armutsdefinition ist damit letztlich politisch-normativer Natur.« (Boeckh et al. 2006: 265) Dieser Umstand hat zur Folge, dass die wissenschaftliche und politische Diskussion um die Existenz und das Ausmaß von Armut in modernen Gesellschaften immer kontrovers verlaufen wird. »Je nach der Definition von Armut und der Bestimmung der Armutsgrößen kann dabei der Kreis der Armutsbevölkerung enger oder

weiter gesteckt werden. Eine bewusste Eingrenzung des Kreises relativiert die Armutsproblematik und kann dazu dienen, die tatsächlichen sozialen Verhältnisse zu verdecken, während eine bewusst weite Fassung des Kreises den Blick auf die eigentlich Betroffenen verstellen kann.« (Bäcker et al. 2008: 359)

## Stabilität und Dynamik von Risikogruppen

Unabhängig von den unterschiedlichen Messkonzepten sind bestimmte Personengruppen häufiger von Armut betroffen als andere. Die Forschung zeigt, dass die Risiken in Armut zu geraten, nicht gleich verteilt sind. Unterschiede in der Armutsgefährdung bestehen zum Beispiel zwischen Männern und Frauen. Von zentraler Bedeutung sind hier die jüngsten Veränderungsprozesse in der ökonomischen Sphäre: Die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Österreich hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen (Eurostat 2015). Dieser Anstieg ist in erheblichem Maße mit einer Ausweitung von gering entlohnter (Teilzeit-) Arbeit im Dienstleistungssektor verbunden. Die ohnehin bestehende geschlechtsspezifisch ungleiche Verteilung von Löhnen und Gehältern verstärkt sich dadurch und lässt auf eine erhöhte Armutsgefährdung bei erwerbstätigen Frauen schließen.

Zudem sind jüngere und ältere Personen verstärkt mit Armutsrisiken konfrontiert. Diese Arbeitsmarktkohorten gehören zu denjenigen, »die nicht fest im Erwerbsleben verankert sind bzw. sich an den Rändern des Arbeitsmarktes oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden und besonders durch Verlagerungen von Marktrisiken zu ihren Ungunsten betroffen« sind (Blossfeld et al. 2008: 36). So lassen sich Teilzeittätigkeiten, befristete Beschäftigung und unterschiedliche Spielarten der »Neuen Selbstständigkeit« (Scheinselbstständige, Werkvertragsbeschäftigte, Freie Dienstnehmer) häufig in diesem Arbeitsmarktsegment finden. Personen ohne oder mit nur geringen beruflichen Qualifikationen zählen ebenfalls zu den besonders gefährdeten Gruppen am Arbeitsmarkt. Sie sind stärker im Niedriglohnsegment vertreten und eher von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine erhöhte Armutsgefährdung von niedrigqualifizierten Personen resultiert in Teilen auch aus den sich rasch ändernden Anforderungen einer technologie-basierten Informations- und Wissensgesellschaft. So zeigt eine Reihe von internationalen Studien, dass sich durch den technologischen Wandel die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften erhöht hat, während die nach weniger qualifizierten Arbeitskräften gesunken ist, was in der Arbeitsmarktforschung unter der Überschrift »skill biased technological change« (SBTC) diskutiert wird. Aus Studien ist weiterhin bekannt, dass Armutsrisiken bei Erwerbstätigen, die nicht im Inland geboren wurden, besonders hoch sind. Durch eine schwierige Integration in den Arbeitsmarkt, teilweise mangelnde Sprachkenntnisse und Diskriminierungen seitens der Arbeitgeber ist ein potentiell wachsender Zusammenhang von Migrationshintergrund und Armutsrisiko zu erwarten. Von den Veränderungen am Arbeitsmarkt sind Migranten und Migrantinnen viel stärker betroffen als Personen ohne Migrationshintergrund. Für die Untersuchung von Armutsrisiken ist schließlich auch die Ebene des Haushaltes zu berücksichtigen. Denn der strukturelle Wandel und die Pluralisierung von Familien- und Lebensformen stehen in einem engen Wechselverhältnis mit den ökonomischen Restrukturierungen. Viele Familien mit Kindern geraten durch die Veränderungen am Arbeitsmarkt zunehmend unter Druck. Besondere Risikogruppen stellen daher Alleinerziehende und kinderreiche Familien dar. Für beide Gruppen ist mit



Abb. 4 Obdachlose in Athen mit Schildern »Wir haben keine Slogans, wir haben Forderungen!«

© dpa, picture alliance, 14.4.2013

erhöhten und potentiell ansteigenden Risiken zu rechnen, unter die Armutsgefährdungsschwelle zu fallen.

Die Weiterentwicklung der Armutsforschung von der Randgruppenforschung hin zu einem Kernbereich der Sozialstruktur- und Ungleichheitsforschung ging auch mit methodischen Fortschritten einher. Die Armutsforschung der 1970er- und 1980er-Jahre beschrieb Armut mit Querschnittsanalysen in der Regel als dauerhaften Zustand. In der neueren Armutsforschung wird inzwischen, auf der Grundlage von Trend- und Längsschnittstudien, zunehmend nachgewiesen, dass Armut für viele Menschen »nur« eine Episode im Lebenslauf ist und von Betroffenen auch aktiv bewältigt werden kann. Zugleich reicht Armut als (vorübergehende) Lebenslage und latentes Risiko bis in mittlere soziale Schichten hinein und ist nicht mehr ausschließlich auf traditionelle Randgruppen begrenzt. Damit ist das Phänomen der Armut zunehmend verzeitlicht, individualisiert und in einem gewissen Maße auch sozial entgrenzt. Armutserfahrungen haben einen Anfang, eine Dauer, einen bestimmten Verlauf und in den meisten Fällen auch ein Ende. Das ist keine Entwarnung, so Leibfried und Kollegen (1995: 14f.), die sozialpolitische Aufgabe Armutsbekämpfung hat nichts an Aktualität verloren. Dadurch, dass Armut temporalisiert ist und auch mittlere soziale Schichten betrifft, sind mehr Menschen von Armut betroffen, als man dies mit den Studien der 1980er-Jahre gezeigt hat. Zugleich hat sich an der schicht- und klassenspezifischen Risikostruktur der Armutsgefährdung in den letzten Jahren wenig geändert (Groh-Samberg 2004, 2009).

## Empirische Betrachtungen: Armut und Sozialpolitik in Europa

Vor dem Hintergrund dieser konzeptionellen Erörterungen sollen in den folgenden Abschnitten die Armutsrisiken in Deutschland mit denen in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verglichen werden. Dabei wird auf Indikatoren zurückgegriffen, die sich am Ressourcenansatz der Armutsforschung orientieren. Daten, die entsprechend dem Lebenslagenansatz oder dem Deprivationsansatz erhoben wurden, liegen als europäische vergleichende Statistiken für einen längeren Untersuchungszeitraum nicht vor. In (Abb. 3) werden Armutsgefährdungsquoten vor und nach sozialstaatlichen Transfers aufgeführt.

Der empirische Vergleich stützt sich dabei auf etablierte Klassifikationskonzepte. Die Untersuchung von Armutsquoten auf euro-



Abb. 5 »Ach ja, das sind unsere Armutsrisikogruppen!«

© Gerhard Mester, 2014

päischer Ebene legt aus zwei Gründen nahe, sich mit Konzepten zur Klassifikation von unterschiedlich verfassten Gesellschaften auseinander zu setzen: Zum einen bietet die Verwendung von Typologien die Möglichkeit, durch Abstrahierung analytische und heuristische Klarheit zu erzeugen. Zum anderen verlangt insbesondere die vergleichende Perspektive eine intensive Beschäftigung mit der Wirkung, die institutionelle Rahmenbedingungen (z. B. die unterschiedliche Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme) auf die Lebensbedingungen von Personen und Haushalten haben (Lohmann 2007). Gerade in den bekannten sozialwissenschaftlichen Gesellschaftskonzepten wird diesem Aspekt ein besonderer Stellenwert eingeräumt.

Einen interessanten ersten Anknüpfungspunkt bietet in diesem Kontext die Literatur der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung, in der in den letzten zwei Jahrzehnten zunächst vor allem die Typologie von Gøsta Esping-Andersen (1990; 1999) zentrale Bedeutung erlangt hat. Mit der Einteilung in liberale, sozialdemokratische und konservative Wohlfahrtsregimes hebt er die Unterschiedlichkeit der institutionellen Arrangements mit differierenden Wohlfahrtszielen und Ausmaßen an öffentlichen Unterstützungsleistungen der einzelnen Länder hervor. Die Klassifikation erfolgt entlang der Dimensionen Dekommodifizierung, Stratifizierung durch Sozialpolitik und dem Verhältnis von Familie, Staat und Markt (Esping-Andersen 1990: 21ff.). Ausdifferenzierungen, Adaptierungen und Ergänzungen bilden sich im Zuge der Transformationen zunehmend stärker heraus. Aktuell verfügen mehr als ein Viertel der europäischen Bevölkerung über ein Einkommen (vor Sozialtransfers), welches nur ein Leben unterhalb der Armutsgrenze ermöglicht. In einigen osteuropäischen Staaten (u. a. Litauen, Lettland, Ungarn, Bulgarien, Rumänien) ist die Armutsgefährdung besonders stark sichtbar. Innerhalb Westeuropas ist sie vor allem in Irland, Großbritannien und Spanien hoch. Deutschland weist, ähnlich wie Österreich, Slowenien oder Frankreich, eine mittlere bis leicht unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Eine vergleichsweise niedrige Armutsgefährdung vor sozialstaatlichen Transfers findet sich z. B. in den Niederlanden und in Tschechien.

Im Hinblick auf die Armutsrisiken nach sozialstaatlichen Transfers findet sich auf der einen Seite eine Gruppe von Ländern, die einen relativ geringen Bevölkerungsanteil aufweisen, der nach sozialstaatlichen Transfers ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle aufweist. Das sind Länder, in denen durch Sozialpolitik Armutsrisiken deutlich reduziert werden. Zu dieser Ländergruppe gehören die sozialdemokratisch geprägten Länder Skandinaviens, Österreich und Luxem-

burg mit einem eher konservativ geprägten Wohlfahrtsstaat, aber auch Ungarn und Tschechien. Auf der anderen Seite stehen Länder, bei denen nach sozialstaatlichen Transfers etwa ein Fünftel der Bevölkerung von Armut bedroht ist. Zu dieser Gruppe gehören Staaten mit einem liberalen-postsozialistischen oder mediterranen Wohlfahrtsystem (Lettland, Litauen, Spanien, Griechenland, Rumänien und Bulgarien). Eine geringe Wirkung sozialpolitischer Interventionen lässt sich in Bulgarien und Rumänien sowie in dem mediterranen Krisenstaat Griechenland beobachten. Deutschland weist, nach sozialstaatlichen Transfers, eine im europäischen Vergleich durchschnittliche Armutsgefährdung auf: etwas mehr als 16 % der Bevölkerung galten im Jahr 2013 als armutsgefährdet. Dies ist in der Gruppe der konservativen Wohlfahrtsstaaten der höchste Wert. Die Zeitreihen in (Abb. 3), Tabelle 1 zeigen, dass sich die Armutsrisiken nach sozialstaatlichen Transfers in den EU-Mitgliedsländern unterschiedlich entwickelt haben.

In den meisten osteuropäischen Staaten ist das Armutsrisiko in den letzten Jahren zum Teil deutlich angestiegen. Für Osteuropa kann dies als die Kehrseite der gesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozesse und als ein Ausdruck eines weit verbreiteten liberalen Wohlfahrtsverständnis verstanden werden. Auch in Dänemark, Schweden und Finnland stieg der Bevölkerungsanteil, der nach sozialstaatlichen Transfers ein verfügbares Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle aufweist, was möglicherweise mit einem Rückgang der Sozialausgaben in den Jahren zwischen 2000 und circa 2005/06 (Mau/Verwiebe 2010: 56ff.) und der Reduktion von Wohlfahrtsprogrammen in einem Zusammenhang steht. Im Fall von Deutschland bestätigt sich mit den aktuellsten verfügbaren Zahlen ein langfristiger Trend des Wachstums der Bevölkerungsgruppen, die von Armut bedroht sind. Die Zeitreihen, die Geißler (2006: 203ff.) verwendet, legen einen kontinuierlichen Anstieg von Armutsrisiken seit Mitte der 1970er-Jahre nahe. In den 1990ern und ersten 2000er Jahren hat sich dieser Anstieg noch einmal verstärkt (BMAS 2005, 2008, 2012). In einigen europäischen Staaten ist die Armutsgefährdung nach sozialstaatlichen Transfers, entgegen dem allgemeinen Trend, zwischen 1995 und 2013 sogar gesunken. Zu diesen Ländern gehören z. B. Großbritannien, Portugal und Frankreich.

## ■ Risikogruppen: Struktur der Armut in Europa

Die Armutsforschung hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass ein Blick auf die spezifische Risikostruktur der Armutsgefährdung wichtig ist (u. a. Groh-Samberg 2004; Lohmann 2007; Verwiebe 2011a). Dazu werden in der Regel Armutsrisiken verschiedener sozialer Gruppen betrachtet. Solche Daten sind seit einigen Jahren auch für den innereuropäischen Vergleich verfügbar. Einige der hier wichtigsten Gruppen sind in (Abb. 6), Tabelle 2 dargestellt. Aufgeführt sind die Armutsquoten nach Sozialtransfers für Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Arbeitslose, ältere Menschen (+65 Jahre) und unterschiedliche Bildungsschichten.

Welche Befunde und Trends sind hier besonders erwähnenswert? Zunächst deuten die Zahlen in Tabelle 2 auf ein besonderes Armutsrisiko von Alleinerziehenden hin (vgl. Eggen/Rupp 2006; Grabka/Frick 2010). Dieses ist mehr als doppelt so hoch (EU-27, 2011: 36,6%) wie für den Durchschnitt der EU-Bevölkerung (vgl. Tabelle 1). Besonders stark sind Alleinerziehende im Baltikum, in Rumänien sowie in Luxemburg und Malta von Armut bedroht

Abb. 6 Hauptsächlich von Armut betroffene Gruppen nach Sozialtransfers (Tabelle 2)

|                                                                   |              | Alleinerziehende mit Kindern |             |             | Familien mit drei oder mehr Kindern |             |             | über 65-jährige |             |             | Arbeitslose |             |             | Bildungsniveau (ISCED, 2011) |            |            |
|-------------------------------------------------------------------|--------------|------------------------------|-------------|-------------|-------------------------------------|-------------|-------------|-----------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------------------------|------------|------------|
|                                                                   |              | 1995                         | 2005        | 2011        | 1995                                | 2005        | 2011        | 1995            | 2005        | 2011        | 1995        | 2005        | 2011        | 0-2                          | 3-4        | 5-6        |
|                                                                   | <b>EU-15</b> | 37,0                         | 30,4        | 36,9        | 26,0                                | 22,1        | 23,9        | 19,0            | 19,8        | 16,3        | 40,0        | 37,4        | 45,1        | 23,5                         | 13,7       | 7,6        |
| <b>Konservative Wohlfahrtsstaaten</b>                             | Belgien      | 31,0                         | 33,2        | 38,5        | 13,0                                | 19,6        | 16,7        | 21,0            | 21,4        | 20,2        | 34,0        | 30,9        | 38,1        | 22,5                         | 11,5       | 6,0        |
|                                                                   | Deutschland  | 48,0                         | 25,8        | 37,1        | 23,0                                | 11,6        | 16,2        | 18,0            | 13,4        | 14,2        | 38,0        | 40,9        | 67,7        | 27,9                         | 15,2       | 8,0        |
|                                                                   | Österreich   | 28,0                         | 27,0        | 26,2        | 24,0                                | 20,0        | 23,0        | 15,0            | 14,3        | 16,0        | 32,0        | 46,9        | 40,5        | 21,0                         | 9,5        | 6,1        |
|                                                                   | Frankreich   | 30,0                         | 25,6        | 33,9        | 23,0                                | 20,1        | 22,1        | 17,0            | 16,4        | 9,7         | 34,0        | 29,5        | 36,7        | 21,7                         | 12,9       | 7,1        |
|                                                                   | Luxemburg    | 25,0                         | 33,1        | 45,5        | 20,0                                | 20,7        | 25,7        | 12,0            | 7,8         | 4,7         | –           | 48,8        | 42,4        | 21,2                         | 10,9       | 4,9        |
| <b>Sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten</b>                      | Dänemark     | –                            | 20,9        | 20,8        | –                                   | 13,8        | 11,7        | –               | 17,6        | 16,0        | –           | 26,8        | 29,0        | 13,8                         | 14,1       | 10,1       |
|                                                                   | Finnland     | 7,0                          | 20,3        | 21,9        | 7,0                                 | 11,1        | 15,2        | 10,0            | 18,7        | 18,9        | 19,0        | 35,6        | 43,4        | 19,0                         | 15,9       | 4,7        |
|                                                                   | Schweden     | –                            | 20,4        | 35,9        | –                                   | 9,7         | 15,4        | –               | 10,1        | 18,2        | –           | 26,9        | 38,5        | 19,9                         | 12,5       | 9,2        |
|                                                                   | Niederlande  | 40,0                         | 26,8        | 33,9        | 17,0                                | 19,9        | 19,1        | 6,0             | 5,4         | 6,5         | 18,0        | 27,9        | 33,4        | 14,2                         | 11,1       | 6,9        |
| <b>Mediterrane Wohlfahrtsstaaten</b>                              | Griechenland | 23,0                         | 43,5        | 33,4        | 22,0                                | 32,7        | 26,7        | 34,0            | 27,9        | 21,3        | 35,0        | 32,6        | 44,3        | 29,3                         | 19,4       | 5,9        |
|                                                                   | Spanien      | 29,0                         | 37,3        | 38,9        | 31,0                                | 36,0        | 41,6        | 13,0            | 29,3        | 20,8        | 37,0        | 34,8        | 40,6        | 28,8                         | 17,3       | 10,4       |
|                                                                   | Italien      | 28,0                         | 35,4        | 37,3        | 31,0                                | 34,5        | 37,2        | 16,0            | 22,6        | 16,6        | 48,0        | 44,2        | 43,9        | 23,9                         | 13,2       | 6,3        |
|                                                                   | Portugal     | 44,0                         | 31,5        | 27,9        | 46,0                                | 42,0        | 34,5        | 34,0            | 27,6        | 20,0        | 30,0        | 28,6        | 35,9        | 19,9                         | 10,9       | 2,5        |
|                                                                   | Zypern       | 41,0                         | 35,2        | 24,8        | 16,0                                | 14,1        | 16,1        | –               | 50,3        | 41,2        | –           | 37,1        | 39,7        | 19,7                         | 10,8       | 5,6        |
|                                                                   | Malta        | –                            | 36,1        | 47,2        | –                                   | 26,1        | 32,2        | –               | 23,4        | 18,1        | –           | 44,3        | 43,3        | 17,5                         | 7,6        | 3,2        |
| <b>Liberalen Wohlfahrtsstaaten</b>                                | Irland       | 46,0                         | 45,2        | 30,2        | 32,0                                | 25,9        | 20,4        | 17,0            | 32,8        | 10,6        | 37,0        | 47,1        | 26,7        | 22,9                         | 15,9       | 9,0        |
|                                                                   | UK           | 55,0                         | 37,9        | 36,4        | 36,0                                | 28,0        | 27,4        | 30,0            | 24,8        | 21,4        | 52,0        | 53,9        | 47,7        | 26,4                         | 15,5       | 7,9        |
|                                                                   |              | <b>2000</b>                  | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>2000</b>                         | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>2000</b>     | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>2000</b> | <b>2005</b> | <b>2011</b> | <b>0-2</b>                   | <b>3-4</b> | <b>5-6</b> |
| <b>liberal orientierte, post-sozialistische Wohlfahrtsstaaten</b> | Estland      | 37,0                         | 39,8        | 34,2        | 23,0                                | 25,1        | 25,4        | 16,0            | 20,3        | 33,9        | 50,0        | 60,0        | 52,1        | 31,2                         | 20,8       | 7,9        |
|                                                                   | Lettland     | 31,0                         | 31,2        | 38,8        | 26,9                                | 38,7        | 37,4        | 6,0             | 21,2        | 47,5        | 41,0        | 58,5        | 49,8        | 36,0                         | 21,1       | 6,2        |
|                                                                   | Litauen      | 20,0                         | 48,4        | 42,4        | 25,0                                | 44,4        | 33,1        | 14,0            | 17,0        | 25,2        | 36,0        | 62,8        | 53,1        | 42,8                         | 22,1       | 9,0        |
|                                                                   | Tschechien   | 26,0                         | 41,0        | 35,6        | 18,0                                | 24,7        | 23,9        | 6,0             | 5,3         | 6,6         | 30,0        | 51,1        | 46,4        | 22,0                         | 8,5        | 3,1        |
|                                                                   | Slowakei     | –                            | 31,8        | 25,0        | –                                   | 24,2        | 29,8        | –               | 7,1         | 7,7         | –           | 39,2        | 41,2        | 26,8                         | 10,8       | 4,6        |
|                                                                   | Slowenien    | 21,0                         | 22,0        | 30,8        | 10,0                                | 16,6        | 18,2        | 21,0            | 20,3        | 20,9        | 42,0        | 25,1        | 44,6        | 21,3                         | 11,5       | 3,5        |
|                                                                   | Ungarn       | 28,0                         | 27,1        | 29,9        | 27,0                                | 26,0        | 33,0        | 8,0             | 6,5         | 4,5         | 32,0        | 49,7        | 46,7        | 32,0                         | 10,9       | 3,0        |
|                                                                   | Polen        | 26,0                         | 40,1        | 29,8        | 30,0                                | 44,8        | 34,6        | 8,0             | 7,3         | 14,7        | 38,0        | 45,6        | 43,7        | 33,4                         | 17,8       | 4,7        |
|                                                                   | Bulgarien    | 31,0                         | 30,6        | 37,7        | 51,0                                | 64,9        | 71,1        | 15,0            | 18,0        | 33,4        | 31,0        | 46,7        | 47,8        | 45,1                         | 11,9       | 2,7        |
|                                                                   | Rumänien     | 26,0                         | 42,5        | 40,0        | 34,0                                | 54,8        | 54,7        | 17,0            | –           | 21,0        | 30,0        | 34,0        | 51,7        | 44,9                         | 15,6       | 2,1        |
|                                                                   | <b>EU-27</b> | –                            | 31,4        | 36,6        | –                                   | 25,9        | 25,8        | –               | 18,9        | 16,0        | –           | 39,7        | 45,2        | 25,0                         | 13,7       | 7,0        |

© nach: Eurostat (2015); Angabe von Armutsquoten in %; \*2006, +2009, die aktuellsten verfügbaren Angaben für EU-15, EU-27, Irland, Griechenland, Italien, Großbritannien, Zypern, Slowakei stammen aus 2010, restliche Länder aus 2011.

(Quoten von circa 40 %). Das sind insofern hohe Werte, als sozialstaatliche Transfers bei den Angaben bereits berücksichtigt wurden. Wesentlich günstiger ist die Situation von Alleinstehenden mit Kindern zum Beispiel in Finnland, Dänemark oder Österreich. Deutschland liegt mit einer Armutsquote von 37 % knapp über den EU-Durchschnitt. Ferner verweisen die Eurostat-Daten für den Zeitraum zwischen 1995 und 2011 auf recht unterschiedliche Trendentwicklungen. In Ländern wie Deutschland, Frankreich oder auch den Niederlanden steigt das Armutsrisiko für Alleinerziehende seit dem Jahr 2000 wieder an, nachdem es zuvor deutlich gesunken war. In anderen westeuropäischen Ländern nimmt die Armutsgefährdung der Alleinerziehenden hingegen kontinuierlich ab, Beispiele hierfür sind Großbritannien und Irland, Ländern die noch 1995 das mit höchste Armutsniveau aufwiesen. In den osteuropäischen Staaten sehen wir eine andere Dynamik: die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden hat in den letzten zehn Jahren substantiell zugenommen. Familien mit drei oder mehr Kindern sind ebenfalls erhöhten Armutsrisiken ausgesetzt. Im EU-27-Durchschnitt weist diese Bevölkerungsgruppe im Jahr 2011 eine Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers von 26 % auf. Besonders problematisch ist die Situation von kinderreichen Fa-

milien in Ländern mit einem mediterranen und post-sozialistischen Wohlfahrtsstaat: In Portugal, Italien, Spanien, Litauen, Lettland, Polen und Ungarn sind drei bis vier von zehn kinderreichen Familien von Armut bedroht. Geradezu dramatisch ist die Lage dieser Familien in Bulgarien und Rumänien (71 % bzw. 55 % Armutsquote). Vergleichsweise günstig ist die Situation in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten und in Deutschland, wo zwischen 12 % und 16 % der kinderreichen Familien ein erhöhtes Armutsrisiko tragen. Dies entspricht im Prinzip dem Armutsrisiko des Bevölkerungsdurchschnitts in diesen Ländern (vgl. Abb. 3 |, Tabelle II). Ein Blick auf zeitliche Trends zeigt ferner: zwischen 1995 und 2011 nahmen die Armutsrisiken kinderreicher Familien im europäischen Durchschnitt ab. Die Entwicklung innerhalb der Länder verläuft dabei nicht gleich. In Ländern wie Deutschland, Österreich, Großbritannien oder Irland beobachten wir in diesem Zeitraum eine Verringerung des Armutsrisikos von kinderreichen Familien. Eine teilweise massenhafte Verarmung von kinderreichen Familien findet in den letzten zehn Jahren in Spanien, Bulgarien und Rumänien statt. Ältere Menschen gehören traditionell zu den besonders mit Armut konfrontierten Gruppen in modernen Gesellschaften (Geißler 2006). Die vorliegenden

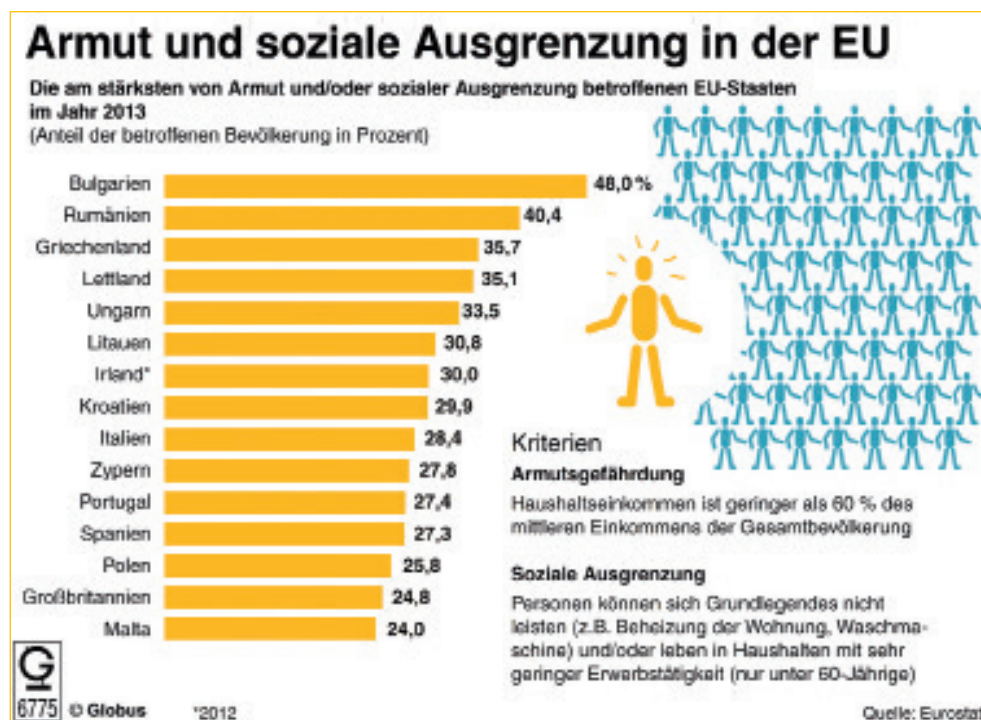


Abb. 7 Knapp ein Viertel der Bevölkerung in der Europäischen Union war im Jahr 2013 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das geht aus den Daten der Statistikbehörde Eurostat hervor.

© Grafik: Sven Stein, Dr. Raimar Heber; dpa, Globus-Infografik

Zahlen machen allerdings deutlich, dass in den meisten westeuropäischen Staaten die Armutsrisiken der über 65-jährigen in den letzten Jahren gesunken sind. Deutschland ist beispielhaft in dieser Hinsicht: Das Armutsrisiko von Senioren lag im Jahr 2011 bei 14 %, 1995 war noch knapp jeder Fünfte über 65-jährige von Armut betroffen. Die Gründe für diesen Rückgang sind vielfältig. Genannt werden können u. a. die Einführung/Erhöhung von Mindesteinkommen, die Erhöhung von Renten sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit/spätere Renteneintritte (European Commission 2007: 21). Sehr viel problematischer ist die Lage der älteren Menschen in einigen osteuropäischen Ländern. Vor allem in Bulgarien und im Baltikum ist die Altersarmut in den letzten zehn Jahren drastisch gestiegen (Fuchs/Offe 2009; Zaidi et al. 2006). Beispiele für eine gute Absicherung von Senioren gegen Altersarmut sind Ungarn, Tschechien und die Slowakei.

Arbeitslose haben das höchste Armutsrisiko aller betrachteten sozialen Gruppen. Im Durchschnitt der bisherigen Kernunion verfügen vier bis fünf von zehn Arbeitslosen über ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Arbeitslose in Deutschland sowie in Großbritannien, den baltischen Staaten, Bulgarien und Rumänien. Als Spitzenreiter in dieser Kategorie sind in Deutschland 68 % der Arbeitslosen stark armutsgefährdet, im Jahr 2010 lag dieser Wert sogar bei über 70 %, gegenüber dem Zeitraum der Mitte der 1990er Jahre (Quote von 38 %) ist dies eine deutliche Zunahme. Die Armutsrisiken sind in Deutschland aktuell für Arbeitslose mehr als viermal so hoch wie für den Durchschnitt der Bevölkerung. Was sich hier an sozialen Risiken zeigt, ist ein Ergebnis der wohlfahrtsstaatlichen De-Regulierungen der letzten Jahre (Stichwort Hartz-Reformen). Dänemark und die Niederlande sind wiederum Beispiele für eine im europäischen Maßstab vergleichsweise niedrige Armutsgefährdung von Arbeitslosen. In Hinblick auf die Armutsrisiken unterschiedlicher Bildungsschichten bestätigen die Zahlen in (Abb. 6, Tabelle 2) etablierte Befunde aus der Sozialstrukturforschung, nach denen es einen engen Zusammenhang zwischen Bildungskapital und sozialer Lage gibt (Allmendinger 1999; Geißler 2006). Konkret zeigt sich, dass Europäer mit tertiären Bildungsabschlüssen (ISCED 5–6) sehr geringe Armutsrisiken haben. Sie lagen im Jahr 2011 im Durchschnitt der EU-

27 bei sieben Prozent in Deutschland bei acht Prozent. Personen mit mittleren Bildungsabschlüssen (ISCED 3–4) weisen demgegenüber höhere Armutsrisiken auf. Sie liegen jedoch in den meisten EU-Staaten unter den jeweiligen nationalen Armutsrisikquoten. Überdurchschnittlich hohe Armutsquoten sind für Personen mit geringen Qualifikationen beziehungsweise für Personen ohne formale Bildungsabschlüsse (ISCED 0–2) zu beobachten. Dies zeigt sich in einigen liberalen und mediterranen Wohlfahrtsstaaten sowie im Baltikum, Bulgarien und Rumänien. Auch für Deutschland ist mit einer Quote von 28 Prozent ein relativ hohes Armutsrisiko für gering qualifizierte zu beobachten. In den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten ist die Armutsgefährdung von Menschen mit geringer Bildung sehr viel schwächer ausge-

prägt: In Dänemark besitzt diese Bevölkerungsgruppe Armutsrisiken, die so hoch sind wie im Bevölkerungsdurchschnitt.

## Fazit

Der vorliegende Beitrag zeichnet insgesamt ein sehr facettenreiches Bild von Armut und Ausgrenzung in Deutschland und Europa. Wie ließe sich nun eine Kontextualisierung der deutschen Armutstrends vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung der letzten Jahre abschließend vornehmen? Die aktuell verfügbaren Statistiken zeigen, dass die deutschen Armutsgefährdungsquoten im europäischen Mittelfeld liegen. Im Vergleich zu anderen Ländern sorgt ein immer noch gut funktionierender Wohlfahrtsstaat für einen Ausgleich sozialer Schiefen. Die Trendanalysen belegen allerdings auch, dass die abfedernde Wirkung der sozialstaatlichen Transferleistungen in den letzten Jahren abnimmt und damit jene Bevölkerungsgruppe wieder größer wird, die mit ihrem Einkommen unter die Armutsgrenze fallen. Armut ist damit für einen nicht unwesentlichen Teil der deutschen Bevölkerung ein ernstzunehmendes Problem.

Auf der Ebene der Binnenstrukturen kann folgendes Bild gezeichnet werden: Die überdurchschnittliche Armutsgefährdung von kinderreichen Familien und von Senioren – wie sie in vielen süd- und osteuropäischen Staaten virulent ist – ist in Deutschland in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Bei den spezifischen Armutsrisiken unterschiedlicher Bildungsschichten liegt Deutschland ebenfalls im Bereich des europäischen Durchschnitts. Bei den Alleinerziehenden ist zunächst zwischen 1995 und 2005 eine positive Entwicklung zu beobachten, die sich allerdings in den letzten fünf bis sechs Jahren wieder in sein Gegenteil verkehrt hat. Eklatant ist die sich deutlich verschlechternde Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik. Es gibt nicht annähernd ein anderes europäisches Land, in dem die Situation der Erwerbslosen so schlecht ist wie in Deutschland. In diesem Zusammenhang sind Politik und Öffentlichkeit gut beraten, sich diesem Problem wieder mehr zu stellen und Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen der letzten Dekade ein Stück weit stärker in den Blick zu nehmen. Es drohen sonst weitergehende soziale

Verwerfungen, spätestens dann, wenn die derzeit sehr geringe Arbeitslosigkeit bei konjunktureller Abkühlung wieder auf ein Niveau steigt, wie es für eine lange Phase um die Jahrtausendwende typisch war.

#### Literaturhinweise

Allmendinger, J. (1999): Bildungsarmut. Zur Verschränkung von Bildungs- und Sozialpolitik. Soziale Welt, 50 (1): 35–50.

Allmendinger, J./ Podsiadlowski, A. (2001): Segregation in Organisationen und Arbeitsgruppen. In: Heintz, B. (Ed.), Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 41 (pp. 276–304), Opladen: Westdeutscher Verlag.

Bäcker, G. et al. (2008): Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland. Band 1: Grundlagen, Arbeit, Einkommen und Finanzierung. Wiesbaden: VS.

BMAS (2012): Lebenslagen in Deutschland. Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurfsfassung. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Boeckh, J. et al. (2006): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung. Wiesbaden: VS.

Butterwegge, C. (2007): Die »Normalität« der Kinderarmut. Blätter für deutsche und internationale Politik, 52 (12): 1413–1416.

Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: Polity.

Esping-Andersen, G. (1999): Social Foundations of Postindustrial Economies. Oxford: Oxford University Press.

Eurostat (2015): Population and social conditions. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes>, 05/01/2015.

Frick, J. R./ Grabka, M. M. (2005): Zur Entwicklung der Einkommen privater Haushalte in Deutschland bis 2004: Zunehmender Einfluss von Arbeitslosigkeit auf Armut und Ungleichheit. DIW-Wochenbericht, 72 (28): 429–436.

Fritsch, N. et al. (2014): Arbeitsmarktflexibilisierung und wachsende Niedriglohnbeschäftigung in Österreich. Eine Analyse von Risikogruppen und zeitlichen Veränderungen. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, (Im Erscheinen).

Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden: VS. (7. Auflage 2015)

Giesecke, J./ Verwiebe, R. (2010): Erwerbschancen und Arbeitsmarktintegration im wiedervereinigten Deutschland. In: Krause, P. A./ Ostner, I. (Ed.), 20 Jahre Fall der Mauer – Bilanz der deutschen Einheit (pp. 247–276), Frankfurt: Campus.

Grabka, M. M./ Frick, J. R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen. DIW-Wochenbericht, 77 (7): 2–11.

Groh-Samberg, O./ Hertel, F. R. (2010): Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand. In: Berger, P. A./ Burzan, N. (Ed.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte (pp. 137–158), Wiesbaden: VS.

Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/Main: Campus.

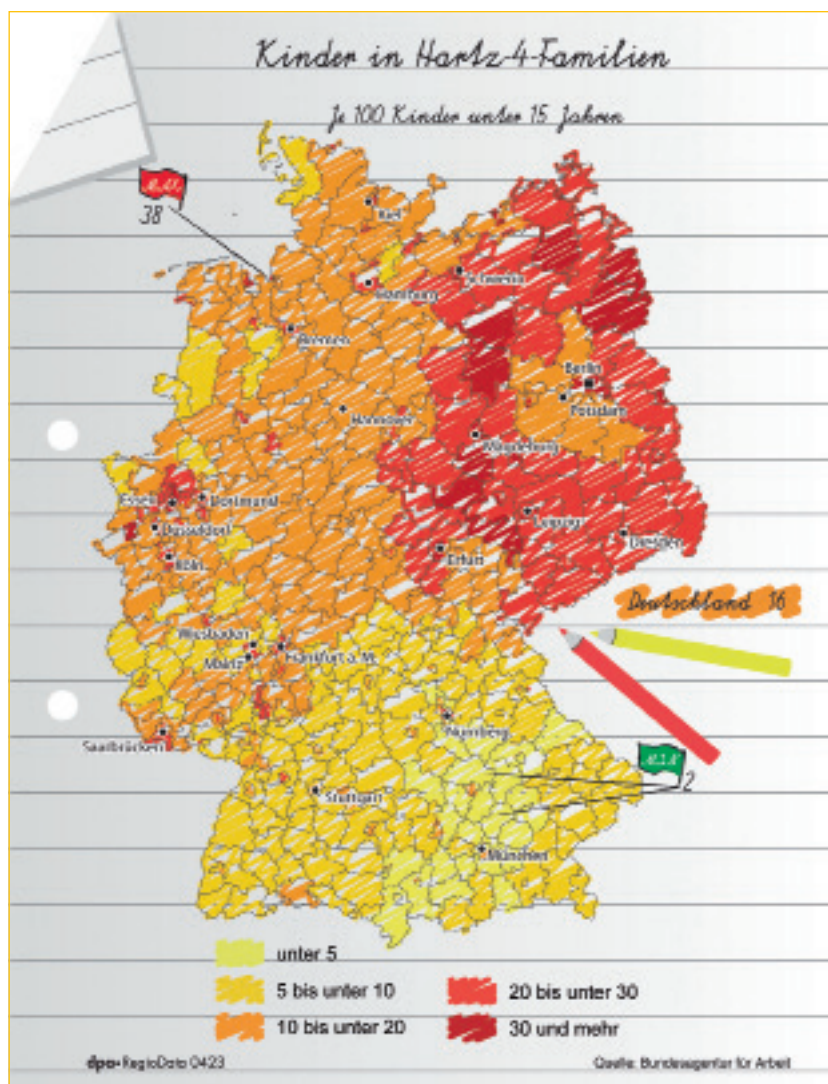


Abb. 8 Rund 6,7 Millionen Menschen leben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von Hartz IV, mehr als 1,7 Millionen von ihnen sind Kinder. Seit 2005 hat sich an dieser Zahl kaum etwas geändert. Nur in Bayern und Baden-Württemberg sind im Durchschnitt weniger als zehn von je 100 Kindern auf Hartz IV angewiesen. © dpa, picture alliance 2010

Lohmann, H. (2010): Armut von Erwerbstätigen im europäischen Vergleich: Erwerbseinkommen und Umverteilung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62 (1): 1–30.

Mau, S./ Verwiebe, R. (2009): Die Sozialstruktur Europas. Konstanz: UTB/ UVK.

Mau, S./ Verwiebe, R. (2010): European Societies. Mapping Structure and Change. Bristol: Policy Press.

Nolan, B./ Whelan, C. T. (2007): On the multidimensionality of poverty and social exclusion. In: Jenkins, S. P./ Micklewright, J. (Ed.), Inequality and Poverty Re-Examined (pp. 146–165), Oxford: Oxford University Press.

Offe, C. (1993): Zur Typologie von sozialpolitischen Regimes. Zeitschrift für Sozialreform, 39 (2): 83–86.

Simmel, G. (1906): Zur Soziologie der Armut. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 22 (1): 1–3.

Townsend, P. (1979): Poverty in the United Kingdom: a survey of household resources and standards of living. Harmondsworth: Penguin Books.

Verwiebe, R. (2010): Wachsende Armut in Deutschland und die These der Auflösung der Mittelschicht. Eine Analyse der deutschen und migrantischen Bevölkerung mit dem Sozio-ökonomischen Panel. In: Berger, P. A./ Burzan, N. (Ed.), Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte (pp. im Erscheinen), Wiesbaden: VS.